

Presseerklärung vom 27.05.2011

„Hessische Botschaft zur geplanten Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“

Hessen vorn! Sozialpolitische Geisterfahrt des Bundes stoppen!

Heute, 27.05.11, um 11:00 versammelten sich im Rathaus der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Initiative der LAG Arbeit in Hessen und der Liga der freien Wohlfahrtspflege Hessen zahlreiche Vertreter Hessischer Städte, Landkreise und Verbände zu einer Pressekonferenz, um gemeinsam für einen Stopp der sog. „Instrumentenreform“ von Bundesarbeitsministerin von der Leyen einzutreten.

Sie formulierten gemeinsam eine „Hessische Botschaft“ an die Ministerin. Zentrale Forderungen des Bündnisses sind:

- Stopp und Rücknahme der Mittelkürzungen für Langzeitarbeitslose
- Erhalt der öffentlich geförderten Beschäftigung
- Stopp des bürokratischen Gesetzentwurfs

Der Wiesbadener Sozialdezernent Arno Goßmann begrüßte die Presse und die Anwesenden und sprach - auch in seiner Funktion als Vertreter des Hessischen Städtetages - von „einem sozialpolitischen Skandal“, der mit der Gesetzesvorlage zur Instrumentenreform verbunden sei.

Dr. Thomas Spies (MdL SPD) prangerte den „pathologischen Dirigismus des Bundes“ an, Markus Bocklet (MdL Bündnis 90 - Grüne) sprach von einer „sozialpolitischen Geisterfahrt der Arbeitsministerin“. Dr. Jürgen Richter (Liga Hessen) beklagte die mit der „Reform“ beabsichtigte Zerstörung der geförderten Beschäftigung. Er forderte weiterhin sinnstiftende Tätigkeit für Menschen am Rande unserer Gesellschaft und befürchtet eine Gefährdung des sozialen Friedens.

Jürgen Schomburg, Vorsitzender der LAG Arbeit in Hessen und Initiator des Bündnisses, wies darauf hin, dass Frau von der Leyen nach der (erst nach einem hessischen Machtwort korrigierten) Jobcenterreform und dem aktuellen Flop „Bürgerarbeit“ „nun bereits das dritte Pleiteprojekt in Serie“ auflegt.

Günther Kaufmann-Ohl als Sozialdezernent des Lahn-Dill-Kreises und als Sprecher der Koordinierungsstelle SGB II beim Hessischen Landkreistag kritisierte: „Nach diesem Gesetzentwurf müssen sich die Menschen den bürokratischen Instrumenten anpassen, statt umgekehrt“. Die Offenbacher Bürgermeisterin Birgit Simon wies auf Grundhaltungen und Prämissen der derzeitigen Berliner Koalition hin: Hartz4-Empfänger seien ihr unwichtig und würden abgehängt, der soziale Bereich sei ihr sekundär und würde massiv beschnitten.

Das Bündnis sieht sich erst am Anfang seiner Aufgabe: es wirbt um weitere, breite Unterstützung für seine Botschaft in Hessen und hofft, in anderen Bundesländern Nachahmer zu finden.

Offenbach, 27.05.2011

Verantwortlich und Koordinierungsstelle

LAG Arbeit in Hessen e.V.

Kaiserstr. 66

63065 Offenbach

Kontakt@lag-arbeit-hessen.de

www.lag-arbeit-hessen.de